

Press release

Nr. 240/2025

Kiel, 24.10.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schleswig-Holstein im Cannabisnebel

Wie gut ist die Präventionsarbeit in Sachen Cannabiskonsum in Schleswig-Holstein ein gutes Jahr nach der Legalisierung aufgestellt? Die Antworten der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage sind erschreckend. Der Fraktionsvorsitzende und gesundheitspolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer, warnt vor einem Spiel mit dem Feuer.

Stell dir vor, eine Droge wird legalisiert und kaum einer warnt vor den Risiken. Ungefähr so stellt sich die Situation seit dem Inkrafttreten des Cannabisgesetzes im April 2024 dar. Und das, obwohl das Gesetz vorsieht, dass präventive Angebote ausgebaut werden. „Doch hier ist man in unserem Bundesland leider im Blindflug unterwegs, wie die Antworten auf unsere Kleine Anfrage zeigen. Die Landesregierung stochert im wahrsten Sinne des Wortes im Nebel“, so Christian Dirschauer. Weder gebe es Zahlen über den Konsum noch sehe man „Anhaltspunkte dafür, dass es einen wachsenden Präventionsbedarf zum Thema Cannabis gibt“, heißt es in der Antwort aus dem Gesundheitsministerium.

„Das ist fahrlässig und geht an der Realität vorbei“, warnt Dirschauer. „Cannabis ist nicht harmlos. Gerade für junge Menschen birgt der Joint erhebliche Risiken für die kognitive Entwicklung und die psychische Gesundheit. Denn bis zum Alter von 25 Jahren reift das Gehirn noch. Gleichzeitig ist Cannabis aber leichter zu bekommen als ein Arzttermin. Und zwar auch für die besonders gefährdeten jungen Konsumentinnen und



Konsumenten!“

Das Cannabisgesetz sieht den Ausbau von Präventionsangeboten vor. Vor allem soll die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) mit Kampagnen tätig werden, doch werden explizit auch Länder und Kommunen in die Pflicht genommen. „Noch im letzten Jahr gab die Landesregierung auf unsere Frage nach verstärkter Cannabis-Prävention im Zuge der Legalisierung an, einen erhöhten Bedarf zwar zu sehen, jedoch kein Geld vom Bund dafür zur Verfügung zu haben. Mittlerweile macht man offenbar sogar schon die Augen ganz zu und leugnet sogar, dass bei der Suchtprävention ganz viel Luft nach oben ist. Das ist ein Armutszeugnis“, so der gesundheitspolitische Sprecher.

Das Gesundheitsministerium verweist in seiner Antwort auf landeseigene Präventionsprojekte, die zum Teil schon über ein Jahrzehnt bestehen und laut Dirschauer nur ein Tropfen auf dem heißen Stein bilden. „Wir sind in stetem Kontakt zu Akteuren aus dem Bereich Prävention und Suchtgefahren und wissen: Hier ist ein Riesenbedarf, der aktuell nicht annähernd gedeckt werden kann. Uns droht eine erschreckende Unterversorgung in Sachen Drogenprävention in Schleswig-Holstein.“

[Zur Kleinen Anfrage:](#)

